

26**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 17. September 1981

Berlin bleibt der Prüfstein für Frieden und Freiheit

Die CDU/CSU begrüßt es, daß der amerikanische Außenminister am Wochenende in Berlin so deutlich die Verpflichtung der Vereinigten Staaten unterstrichen hat, Frieden und Freiheit Berlins zu sichern. Seine Rede enthielt nicht nur die Erneuerung und Bekräftigung der Garantien für Berlin, sie enthielt zugleich die Zielsetzungen für die gemeinsame Bewahrung und Weiterentwicklung der Position Berlins in Frieden und Freiheit, erklärte Helmut Kohl im Berliner Reichstag.

Einen Tag nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers Haig hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in Berlin getagt. In dieser unmittelbaren zeitlichen Folge liegt für die Union ein politischer Symbolwert, sagte Helmut Kohl weiter. Für die CDU/CSU gehört die Freiheit Berlins und die enge Bindung der Stadt an den Bund zu den Prinzipien ihrer Politik.

Mit der Anmerkung Haigs, daß die Vereinigten Staaten in Berlin sich auch verpflichtet haben, die Freiheit jener zu schützen, die gegen die USA demonstrieren, hat Alexander Haig alle diejenigen beschämt, die erneut ihre antiamerikanischen Tendenzen lautstark vertreten haben.

Die CDU/CSU fordert von SPD und der FDP unmißverständlich klarzustellen, wie sie ihr Verhältnis zu
(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAIG-BESUCH

Das westliche Bündnis hat seine Wurzeln in Berlin

Seite 2

Es gibt keinen Grund für Angst/
Interview mit Karl Carstens

Seite 3

■ KSZE

Abrüstung und Sicherheit sind für uns gleichgewichtig

Seite 5

■ FAMILIE

Die CDU ist gegen jede Kürzung des Kindergeldes

Seite 7

■ JUGEND

SPD will Schüler ideologisch indoktrinieren

Seite 8

■ BUNDESPARTEITAG

Unser Land braucht einen neuen Anfang

Seite 11

■ FRIEDEN

CDU ruft zur Unterstützung des „Datteler Appells“ auf

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Ausländerpolitik mit Augenmaß

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

unserem wichtigsten Bündnispartner in Zukunft gestalten wollen. Was muß eigentlich noch an Haß, Gewalttätigkeit und blutigen Krawallen geschehen, bis führenden Vertretern der SPD klar wird, daß mit bloßen Appellen und nachträglichen Verurteilungen dem Treiben großer Teile der Partei nicht mehr beizukommen ist. Der SPD-Führung und Bundeskanzler Schmidt kann nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie aus Rücksichtnahme auf den linken Flügel ihrer Partei mit dazu beigetragen haben, daß es zu einer derartigen Es-

kalation des Antiamerikanismus auf deutschem Boden kommen konnte.

Zu dem Attentat auf den Oberbefehlshaber der US-Armee, Kroesen, erklärte Helmut Kohl in diesem Zusammenhang: Das Attentat habe bei der Union Bedauern und Betroffenheit verursacht. Der zehnte Anschlag in diesem Jahr gegen Amerikaner oder deren Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland müsse „jeden aufhorchen lassen“. Die Union sei „gegenwärtig offensichtlich die einzige Kraft“, die entschieden zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten stehe.

Das westliche Bündnis hat seine Wurzeln in Berlin

Ansprache des Regierenden Bürgermeisters Dr. Richard von Weizsäcker anlässlich der Eintragung des amerikanischen Außenministers Alexander Haig in das Goldene Buch der Stadt Berlin am 13. September 1981

Wir Berliner freuen uns über Ihren Besuch und betrachten ihn als Auszeichnung für unsere Stadt. Sie kommen zu uns als verantwortlicher Staatsmann in einer kritischen Phase der Weltpolitik, als Kenner Europas und als Freund Berlins. Die Berliner Bevölkerung ist Ihnen dafür von Herzen dankbar.

Ihre Reise dient dem Ziel, die amerikanische Politik vor der europäischen Öffentlichkeit zu erläutern und unter Freunden offen über die Lage zu sprechen. Daß Sie für Ihre politische Grundsatzerklärung Berlin gewählt haben, hat seinen tiefen symbolischen Sinn. In dieser Stadt haben wir Berliner die Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft der Amerikaner erlebt. Hier haben sie sich alsbald nach dem Krieg für die Freiheit engagiert. Hier haben die

Amerikaner in schweren Zeiten auch die unbeugsame Haltung der Berliner Bevölkerung kennen- und achten gelernt. Berlin ist der Platz, wo aus Gegnern Freunde wurden. Hier liegen die Wurzeln des Bündnisses. So hat es sich entwickelt, und so wird es bleiben.

Die enge atlantische Zusammenarbeit hat entscheidende Bedeutung für die Sicherheit und Freiheit unserer Bürger und für den Frieden. Trotz lautstarker Kritik wird das Bündnis heute von mehr Bürgern bejaht, als zu Beginn der sechziger Jahre.

Nun gibt es bei uns, wie in vielen Teilen der Welt, Unruhe und Sorge wegen der Spannungen und Rüstungen. Eine tiefe Friedenssehnsucht der Menschheit kommt auch bei uns zu Wort, die vor dem Hintergrund unserer Geschichte und unserer besonderen Lage verständlich ist.

Menschen befürchten, daß Rüstungen allein den Frieden nicht sicherer machen, gleichzeitig aber hohe Aufwendungen erfordern, die für andere Zwecke gebraucht werden.

Solche Fragen vieler, zumal junger Menschen, müssen ernst genommen werden. Sie verlangen von uns eine klare Antwort. Unser Bündnis hat zwei Aufgaben, die nur

zusammengenommen Sicherheit und Frieden bringen können.

■ **Die erste Aufgabe des Bündnisses besteht in seiner Verteidigungsbereitschaft. Wir dürfen niemandem einen Zweifel erlauben, daß wir bereit und in der Lage sind, unsere Freiheit gegenüber jedermann zu schützen.**

Neben unseren eigenen Beiträgen dienen amerikanische Verteidigungsanstrengungen diesem Ziel. Dafür die USA zu kritisieren, ist weder klug noch fair. Denn es waren in erster Linie wir Europäer und wir Deutschen, die die Amerikaner darum gebeten hatten. Ohne Gleichgewicht entsteht ein Gefälle und schließlich ein Vakuum, das den Frieden nicht schützt, sondern gefährdet.

■ **Auf der Grundlage der Verteidigungsbereitschaft kann das Bündnis seine zweite Aufgabe erfüllen: eine aktive Ostpolitik zum Zweck der Zusammenarbeit und des Abbaus von Spannungen.**

Sie bezieht sich auf unser Verhältnis zur Sowjetunion, zu ihren Verbündeten im Warschauer Pakt, die Europäer sind wie wir, und für uns Deutsche naturgemäß zu Ost-Berlin und zur DDR, wo unsere deutschen Landsleute leben.

Mauer und Stacheldraht werden vor der Geschichte nicht standhalten. Denn sie

sind gegen Menschenwürde und Menschenrecht. Der Frieden wird sie überwinden. In diesem Sinn sind Verteidigungsbereitschaft und Entspannung keine Gegensätze, sondern sie gehören untrennbar zusammen. Wer die eine Aufgabe zugunsten der anderen vernachlässigt, gefährdet den Frieden.

Sie, Herr Außenminister, haben dies in Ihrer Rede in New Orleans im vergangenen Monat eindrucksvoll unterstrichen, indem Sie sagten:

„Wir müssen mit der Sowjetunion einen Wettstreit aufnehmen, um die Freiheit zu schätzen; aber wir müssen auch nach Zusammenarbeit suchen, um die Menschheit zu schützen.“

Erlauben Sie mir, Herr Außenminister, an dieser Stelle auch unseren Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher herzlich in Berlin willkommen zu heißen. In der Hand der Bundesregierung liegt die außenpolitische Vertretung Berlins.

Wir sind glücklich und dankbar, daß Sie (Außenminister Haig) das unverbrüchliche Engagement der USA zu Berlin heute erneut bekräftigt haben. Sie können sich auf die Berliner verlassen. Ich bitte Sie, unserer Stadt die Ehre zu erweisen, sich in das Goldene Buch von Berlin einzutragen.

Bundespräsident Karl Carstens

Es gibt keinen Grund für Angst

Bundespräsident Prof. Karl Carstens hat dem ZDF am 14. September 1981 folgendes Interview gegeben:

Frage: Herr Bundespräsident, Sie kommen direkt von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Nun haben ja gestern in Berlin über 30 000 Menschen gegen die amerikanische Politik de-

monstriert. Wo sehen Sie die Ursachen für diese antiamerikanische Stimmung?

Bundespräsident Carstens:

Ich meine, zunächst muß man sagen, daß es sich bei diesen Demonstranten um einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung, auch nur einen sehr kleinen Teil der Bevöl-

kerung Berlins, handelt. Auf das ganze Bundesgebiet umgerechnet ist die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger nach wie vor davon überzeugt, daß unsere Sicherheit nur durch das Nordatlantische Bündnis und nur durch unser Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten von Amerika gewährleistet ist.

Berlin hat besondere politische Bedingungen, wie wir wissen. Ich meine allerdings, diese Demonstranten, wenn sie fair gewesen wären, hätten ein Schild auch noch mit sich führen müssen, auf dem hätte stehen müssen, 'daß wir hier demonstrieren können, und daß wir die bürgerlichen Freiheiten genießen, die das Grundgesetz uns gibt, das verdanken wir der Anwesenheit der drei Schutzmächte, vor allem der amerikanischen Schutzmacht im freien West-Berlin'.

Frage: *Herbert Wehner hat gestern gesagt, die Regierungsparteien hätten mehr tun müssen, um diese Demonstration zu verhindern. Machen die Parteien im allgemeinen bei dieser Entwicklung Fehler?*

Bundespräsident Carstens:

Ich glaube, es kommt entscheidend darauf an, daß wir alle, die Parteien, die Politiker, mit unseren Bürgern, mit unseren jungen Bürgern, diskutieren. Die Diskussion ist das Mittel zur Bewältigung schwieriger Fragen in einer Demokratie. Und ich glaube, auf diesem Gebiet sollten wir alle mehr tun, als wir bisher getan haben.

Frage: *Nun scheint ja ein wichtiger Grund für diese Entwicklung die Angst der Menschen vor der Rüstung von beiden Seiten zu sein. Ist das nicht verständlich?*

Bundespräsident Carstens:

Das ist schon verständlich, wenn man aus dem Auge verliert, was der Sinn, das Ziel, der Zweck unserer Verteidigungspolitik ist. Unsere Verteidigungspolitik hat das Ziel, den Ausbruch eines militärischen Konfliktes zu verhindern. Wenn man dieser Argumentation folgt, gibt es keinen

Grund für Angst. Denn nach meiner Überzeugung ist das Verteidigungskonzept in sich schlüssig, und zudem hat es über 30 Jahre den Frieden hier in Zentraleuropa bewahrt.

Wenn man natürlich sich vorstellt, daß alle Waffen zur Anwendung kommen würden, dann kann ich verstehen, und jedem von uns wird es so gehen, daß man dann von Angst und Schrecken erfüllt ist. Aber so kann man diese Diskussion nicht bestreiten. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Mit Emotionen ist diese Diskussion sowieso nicht zu bewältigen.

Wir müssen sie zurückführen auf den vernünftigen rationalen Kern, der darin besteht, daß das Gleichgewicht der Kräfte die sicherste Garantie für die Erhaltung des Friedens ist. Und ich füge hinzu, daß das Gegenstück dieser Verteidigungspolitik Bemühungen, fortgesetzte Bemühungen um Abrüstung, um eine Verminderung des Rüstungsniveaus auf beiden Seiten sein müssen.

Frage: *Sehen Sie in den Friedensbewegungen, die ja zahlreich entstanden sind, einen Weg aus der Angst?*

Bundespräsident Carstens:

Nach meiner Auffassung leistet der Soldat, der bei der Bundeswehr seinen Wehrdienst ableistet, einen größeren Beitrag zur Erhaltung des Friedens als die Friedensbewegungen. Mit einseitiger Abrüstung, wie es zum Teil gefordert wird, wird der Frieden nicht sicherer gemacht. Im Gegenteil, die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß, wenn ein militärisches Vakuum an irgendeiner Stelle entstand, dies für den Frieden außerordentlich gefährlich wurde, und daß im allgemeinen dieses Vakuum gewaltsam ausgefüllt wurde.

Ich denke, das sind die Überlegungen, die man auch in der Diskussion mit den Gruppen, die sich Friedensbewegungen nennen, immer wieder in den Vordergrund stellen muß.

■ KSZE-DEBATTE

Abrüstung und Sicherheit sind für uns gleichgewichtig

Zu scharfen Kontroversen zwischen der Opposition und der Koalition kam es während der Debatte um die KSZE-Schlußakte von Helsinki im Deutschen Bundestag. MdB Alois Mertes warf der Bundesregierung vor, sie mache nicht genügend deutlich, daß hinter der sowjetischen Abrüstung der politische Wille nach Macht und Einfluß stehe.

Wörtlich sagte Mertes: Lassen Sie mich im Zusammenhang der Vertrauensbildung und der Abrüstung noch einmal sagen, welches die Position der CDU/CSU ist. Wir haben immer gesagt: Es gibt gute Gründe, die die Verhandlungen über gleichgewichtige Abrüstung bei gleicher Sicherheit zu einer gebieterischen Notwendigkeit der deutschen Politik machen.

Das ist — **erstens** — die Schrecklichkeit der modernen Waffen. Es ist unerhört, daß wir hier als eine Partei hingestellt werden, die diese schrecklichen Waffen sozusagen herbeiseht. Das ist unter der Gürtellinie dieser Demokratie. Wir sind dafür, daß diese schrecklichen Waffen auf ein Minimum reduziert werden — bei gleicher Sicherheit.

Das zweite: Wir finden auch, daß es plausiblere Ausgaben gibt in einer Zeit, in der drei Viertel der Menschheit hungern, als Militärausgaben für Massenvernichtungswaffen. Aber das Problem ist doch, daß die Abrüstung ein Element gleichzeitig auch unserer Sicherheitspolitik sein muß. Nicht dadurch, daß es Soldaten und Waf-

fen auf der Welt gibt, ist Unfriede da, sondern es gibt Unfrieden, Mißtrauen, weil es politisches Mißtrauen gibt; weil die Sowjetunion einen Einflußkampf vollzieht, zu dem sie sich offen stellt und weil sie in diesem Einflußwettkampf auch militärische Macht zur Unterdrückung widerspenstiger Bevölkerungen mit Gewaltanwendung und Gewaltandrohung einsetzt und um sich ein Arsenal der Einschüchterung, der Angst, des Drucks, der Drohung und der Erpressung schafft. Deshalb ist die Abschreckung nicht nur eine Verhinderung des Krieges, sondern sie ist auch eine Strategie der Verhinderung der Erpressung. Es gibt bisher keine Alternative.

Und nun bitte, Herr Bundeskanzler und Herr Außenminister: Diese Position, die Sie einnehmen, wird von uns seit Jahren in äußerster Loyalität mitgetragen. Es gibt keine Position der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, die nicht von der CDU/CSU aus eigener Überzeugung und in der Kontinuität der eigenen Abrüstungspolitik voll mitgetragen wird. Das sollten Sie einmal hier sagen, Herr Bundesminister.

Und dann sollten Sie hierher auch sagen, daß diese Position die SPD nicht mitträgt. Woher kommen denn die Querschüsse gegen die Politik der Bundesregierung? Nicht von der Opposition, sondern aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und teilweise aus der FDP.

Das Problem bei der Diskussion über Sicherheit und Abrüstung ist, daß wir alle sie viel zu militärtechnisch führen. Wir sa-

gen gar nichts mehr über die Politik, die hinter der sowjetischen Aufrüstung steht. Es ist doch nicht der einzelne russische Soldat, der uns bedroht oder gegen den wir irgendein Gefühl des Hasses haben. Es ist doch nicht die leblose Rakete, die der Verantwortung nicht fähig ist, die uns bedroht. Deshalb ist das Raketen zählen nur von begrenztem Wert. Es muß gesagt werden, welcher politische Wille hinter dieser Machtentfaltung steht. Und das tun weder Schmidt noch Genscher.

Wir werden unsere Jugend nicht von unserer Sicherheits- und Abrüstungspolitik überzeugen können, wenn wir nicht hinter diese militärtechnische Argumentation gehen, tiefer ansetzen und ohne antisowjetischem und antikommunistischem Schaum vor dem Mund, in realistischer, nüchterner Sprache den jungen Menschen sagen, wozu sich die Sowjetunion selbst in großer Redlichkeit bekennt. Das Merkwürdige im Westen ist doch, daß wir uns die Augen und die Ohren vor dem zuhalten, was die Sowjetunion ihrerseits in aller Öffentlichkeit sagt. Das wird ein bißchen heruntergespielt. Hier müssen wir dann auch sagen — das gehört eben auch zur KSZE-Debatte —, daß die Sowjetunion glaubte, die Schlußakte zu einem Instrument der Legalisierung ihrer Herrschaft machen zu können.

Wir tragen ja diese Schlußakte mit, nachdem die Mehrheit so entschieden hat und sie auch von allem Anfang an — das wurde doch niemals geleugnet — positive Elemente enthält. Wir tragen sie mit im Sinne der westlichen Interpretation.

Die eigentliche Auseinandersetzung ist keine Auseinandersetzung um Raketen, sondern um geistige Willenskräfte. Wir brauchen nicht nur ein Gleichgewicht der Waffen — das ist etwas Instrumentelles —, wir brauchen ein Gleichgewicht unseres politischen Willens. Zu diesem politischen Willen gehört allerdings auch, daß

wir Abrüstung und Rüstungskontrolle bei unverminderter Sicherheit wollen. Diese Auseinandersetzungsaspekte, für die uns die Schlußakte einiges an Möglichkeiten gibt — die Möglichkeit, sich im Rahmen des Völkerrechtes und der Schlußakte auf Mißachtungen der Menschenrechte zu beziehen — kommt in der Antwort auf unsere Anfrage zu kurz.

Die Bundesregierung muß den Widerspruch zwischen den vielen Abrüstungsworten und den massiven Aufrüstungstaten Moskaus stärker hervorheben als bisher. Gleichzeitig muß sie klarer und offener auf die expansiven Ziele der sowjetischen Politik, das heißt auf die Ursachen der Spannung und der Rüstung hinweisen. Dabei muß sie führenden Politikern der SPD, wie Erhard Eppler und Egon Bahr, deutlich sagen: Wer das demokratische Amerika, das unsere Freiheit seit Jahrzehnten wirksam schützt, und die totalitäre Sowjetunion, deren Ziele und Machtmittel das westliche Bündnis notwendig machen, auf eine Stufe stellt, der pervertiert die moralischen Grundlagen unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Sportvereine sollen keine Sündenböcke sein

Gegen die Absicht des hessischen Innenministers Ekkehard Gries (FDP), kommerzielle Veranstalter, vor allem Sportvereine, mit den Kosten für Großeinsätze der Polizei zu belasten, hat sich die CDU ausgesprochen. „Die Sportvereine dürfen nicht für die leeren Kassen des Landes als Sündenböcke herhalten“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Hartmut Nassauer in Wiesbaden. Er meinte, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei auch bei privaten Großveranstaltungen, etwa Fußballspielen, Aufgabe der Polizei.

FAMILIENPOLITIK

Die CDU ist gegen jede Kürzung des Kindergeldes

Durch Pressemeldungen ist der Eindruck entstanden, als würde die CDU an die Kürzung des Kindergeldes denken. Das entspricht nicht den Tatsachen, stellte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn fest.

Das Parteipräsidium der CDU hat in seiner Sitzung am 31. August 1981 und der Bundesvorstand am 7. September 1981 ebenso wie die Bundestagsfraktion am 8. September 1981 einstimmig beschlossen, die von der Regierung vorgesehene Senkung des Kindergeldes für Mehr-Kinder-Familien abzulehnen. Dieser Beschluß beruht auf der grundsätzlichen Entscheidung der Union, jegliche Kürzung des Kindergeldes zu verhindern.

Eine Kürzung des Kindergeldes wäre auch von der Sache her völlig verfehlt. Der Familienlastenausgleich gehört zu den Grundpfeilern der sozialstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Für die CDU sind Ehe und Familie Fundamente unserer Gesellschaft und unseres Staates, sie stehen unter dem besonderen Schutz unserer Verfassungsordnung.

Zu den verhängnisvollsten Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehnts gehört die moralische und materielle Vernachlässigung der Familien. Von 1969 bis 1980 ist der Anteil am Sozialbudget, der für die Familien ausgewiesen wird, von 19,7% auf 14,3% gesunken. Das Sachverständigen-gutachten zum Dritten Familienbericht der

Bundesregierung weist nach, daß Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen Ehepaaren und Ledigen massiv benachteiligt sind.

Folge dieser Fehlentwicklung ist die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor das geburtenschwächste Land der Welt ist, mit noch nicht absehbaren negativen Folgen für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Sicherung des Generationenvertrages in der Sozialversicherung.

Auch aus verfassungsrechtlichen Bedenken wäre z. B. eine Streichung des Kindergeldes für das erste Kind nicht möglich. Das Kindergeld ist Ausgleich dafür, daß 1975 die Kinderfreibeträge im Steuerrecht abgeschafft worden sind, und es ist daher Ausgleich dafür, daß durch Kinder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bürgers erheblich gemindert wird im Verhältnis zu kinderlosen Ehepaaren, und diese Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit 1975 im Steuerrecht nicht mehr ausgeglichen wird. Das Kindergeld ist keine Gratifikation des Staates.

Das Kindergeld ist auf Drängen der CDU/CSU zuletzt im Februar 1981 angehoben worden. Jetzt, ein Jahr nach der Bundestagswahl, das Kindergeld wieder kürzen zu wollen, würde der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie weiteren erheblichen Schaden zufügen. Auch deshalb kommt für die CDU eine Senkung des Kindergeldes nicht in Betracht.

■ JUGEND

SPD will Schüler ideologisch indoktrinieren

Die Konferenz der bildungspolitischen Sprecher der CDU und CSU in den Landtagen und im Bundestag hat sich unter anderem mit dem Plan der SPD befaßt, in den Schulen mit Hilfe der Lehrer Schüler für sich zu gewinnen. „Zielgruppen“ dieser Aktion, so der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz, „sind Schüler in den oberen Klassen von Gymnasien und jugendliche Arbeitnehmer (Berufsschüler), die über genau ausgewählte Lehrer und Betriebsräte in den einzelnen Regionen ausgesucht werden.“

Um dieses Ziel zu erreichen, will die SPD die Lehrer als Transmissionsriemen mißbrauchen, um „persönliche Beziehungen

zwischen einzelnen jungen Leuten und den sozialdemokratischen Politikern aufzubauen.“

Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Anton Pfeifer, der die Konferenz leitete: Dieser Versuch, die Schulen, die Lehrer und die Schüler bundesweit und rücksichtslos parteipolitisch zu mißbrauchen, ist ein bisher einmaliger Vorgang, der in keinem Bundesland, auch nicht in den SPD-regierten Ländern, und in keiner Schule oder Berufsbildungseinrichtung hingenommen werden kann. Parteipolitische Kampagnen in Schulen, wie sie jetzt die SPD plant, sind eindeutig rechtswidrig. Die CDU/CSU fordert die Schulen, die Eltern, die Lehrer und die Schüler auf, diese Pläne der SPD entschieden zu bekämpfen.

Die bildungspolitischen Sprecher von CDU und CSU haben beschlossen, sich mit einem scharfen Protest gegen diese bildungsfeindlichen Pläne der SPD an die Kultusminister aller Länder zu wenden, damit sie diesem Ansinnen und dieser Kampagne der SPD in Gymnasien und Berufsschulen einen Riegel vorschieben.

DDR auf Militarisierungskurs

Während in der Bundesrepublik Deutschland Kommunisten auf Weisung der SED mit Pazifisten, Jusos und anderen Gruppierungen eine sogenannte Friedenskampagne betreiben, hat die Ostberliner Regierung den Beschluß gefaßt, ab 1. September die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend zu intensivieren.

Die CDU/CSU hat deshalb, wie Olaf von Wrangel mitteilte, die Bundesregierung aufgefordert,

— das Thema „Militarisierung in der DDR“ in die innerdeutschen Gespräche

einzubeziehen, weil wieder einmal auf deutschem Boden Militarismus gezüchtet wird;

— die Öffentlichkeit eingehend über diese Entwicklung zu informieren und dabei insbesondere auch auf die Bedrängnis hinzuweisen, der sich insbesondere die kirchlich orientierte Jugend in der DDR ausgesetzt sieht;

— die DDR im Rahmen des innerdeutschen Dialogs anzuhalten, ihr militärisches Engagement in der Dritten Welt, das dem deutschen Ansehen schweren Schaden zufügt, abzubauen.

■ INFORMATION/ KOALITION

Länder stimmen Vorschlägen der Bundestagsfraktion zu

Die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Sanierung der Staatsfinanzen werden von den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder mitgetragen. Darüber hinaus wollen diese Länder, die im Bundesrat über die Mehrheit verfügen, eine Reihe eigener Vorschläge unterbreiten. Dieses Fazit zog Helmut Kohl nach einer mehrstündigen Beratung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Regierungschefs von CDU und CSU in den Ländern im Berliner Reichstagsgebäude.

Die Einzelheiten über die weiteren Vorhaben der Unionsländer und ihr Sparvolumen werden noch abgestimmt. Helmut Kohl sprach von „wichtigen Detailvorschlägen“. Schleswig-Holsteins Regierungschef Stoltenberg sagte, in einer Reihe von Punkten würden Ergänzungen ausgearbeitet. Er gehe davon aus, daß man schließlich zu einem abgestimmten Konzept kommen werde. Der bayerische Ministerpräsident Strauß nannte das Ergebnis der Beratungen eine tragfähige Grundlage.

Ermutung für die Frauen

Die CDU-Frauenvereinigung sieht, wie ihre Vorsitzende Helga Wex erklärte, in dem Urteil des 5. Senats des Bundesarbeitsgerichts, in dem entschieden wurde, daß der Gleichheitsgrundsatz auch für vom Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitnehmern vereinbarten übertariflichen Zulagen gelte, ei-

nen weiteren Schritt zur Gleichbehandlung von Mann und Frau. Dieser Arbeitsrechtsprozeß habe gezeigt, daß sich die Rechtsüberzeugung des Gesetzgebers und die bereits praktizierte Rechtsprechung in der praktischen Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen nur zögernd durchsetze. Es sei bedauerlich, daß die Rechtspositionen der Frauen erst nach langen Rechtsstreitigkeiten anerkannt würden. Dennoch zeige sich, daß die Frauen eine Chance in unserem Rechtsstaat hätten, ihre vom Gesetzgeber verbrieften Rechte durchzusetzen, solange sie sich nicht entmutigen lassen.

Es bleibt beim „Auszubildenden“

Im Berufsbildungsförderungsgesetz und in allen übrigen Gesetzen zur Berufsbildung soll die Bezeichnung Auszubildender durch Lehrling ersetzt werden. Diesen Antrag der CDU/CSU im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft lehnten die Abgeordneten der Koalitionsparteien ab.

Die Union hatte mit ihrer Initiative die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß sich der künstliche Begriff „Auszubildender“ im Sprachgebrauch bei den Betroffenen nicht durchsetzen konnte und vielfach zu Witzeleien geführt hat. Selbst Bundeskanzler Schmidt hatte mehrmals öffentlich sein Unverständnis über die Bezeichnung deutlich zum Ausdruck gebracht. Offenbar war es der SPD/FDP wieder einmal wichtiger, bei ihrem ideologisch bornierten „Reform“-Vokabular zu bleiben, anstatt der Vernunft dem normalen Sprachempfinden der Öffentlichkeit zu folgen.

Deutsche Frage ist weiterhin offen

Der amerikanische Außenminister Alexander Haig hat in einem Telegramm an den Präsidenten des Bundes der Vertriebe-

nen, Herbert Czaja, zum Tag der Heimat das „Engagement der Vertriebenen für die westliche Allianz und für die Freiheit Europas“ gewürdigt. Haig drückte zugleich sein Bedauern darüber aus, daß es ihm nicht möglich sei, an der Berliner Veranstaltung zum Tage der Heimat teilzunehmen.

Auf der Schlußkundgebung dankte Czaja Haig und dem amerikanischen Volk „für das Bekenntnis zum freien Berlin, zu den Menschenrechten, zur Freizügigkeit und zu den Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes, wie sie sich aus dem Deutschlandvertrag ergeben“.

Er sprach zugleich die Hoffnung aus, daß der durch die Ostverträge „unberührt gebliebene Deutschlandvertrag“ wieder mehr in den Vordergrund rücke. Czaja hob in diesem Zusammenhang hervor, daß auch die Ostverträge nicht davon abgegangen seien, daß die „ganze deutsche Frage“ nach wie vor offen sei.

Sparforderungen an den Kanzler abgelehnt

Die Forderung der CDU/CSU, mit Rücksicht auf die kritischen Staatsfinanzen in diesem Jahr die Gehälter des Bundeskanzlers, der Bundesminister und der parlamentarischen Staatssekretäre nicht anzuheben, ist im Innenausschuß des Bundestages von der SPD/FDP-Koalition zurückgewiesen worden.

An der linearen Anhebung der Beamtengehälter um 4,3 Prozent in diesem Jahr nimmt der Kanzler mit Bezügen in Höhe von 19 526,28 DM teil. Ein verheirateter Minister ohne Kinder bekommt monatlich samt Ortszuschlag 15 843,86 DM.

Hierzu erklärte der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Broll, u. a.: Der Mann auf der Straße, dem jetzt kräftig in die Tasche gegriffen wird, wird sich sei-

nen Reim daraus machen. Es bewahrt sich die alte Spruchweisheit: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

Brandt lehnt Appell für Sacharow ab

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, hat es abgelehnt, sich an einem öffentlichen Appell zugunsten des nach Gorki verbannten sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow zu beteiligen, der 1975 diese Ehrung empfing. SPD-Sprecher Wolfgang Clement sagte, nach Brandts Meinung könnten Erleichterungen besser durch direkte Kontakte als durch öffentliche Appelle erreicht werden. Bei seiner Begegnung mit dem sowjetischen KP-Chef Leonid Breschnew habe Brandt Sacharows Schicksal zur Sprache gebracht, der im Januar 1980 nach Gorki deportiert worden ist.

Gespräche mit Umweltverbänden fortgesetzt

Die auf Initiative des Vorsitzenden der Fraktions-Arbeitsgruppe Inneres, Umwelt und Sport, Carl-Dieter Spranger, begonnene Gesprächsreihe mit den Vorständen wichtiger Umwelt- und Naturschutzverbände wurde mit Mitgliedern des Vorstands des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und seines wissenschaftlichen Beirats unter dem Vorsitz des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger fortgesetzt.

In einer offen geführten Diskussion wurden unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit der Kernenergienutzung dargelegt. Von seiten der CDU/CSU-Parlamentarier wurde die Sorge ausgesprochen, daß gerade aus ökologischen Gründen ein Verzicht auf die Kernenergienutzung unverantwortlich sein könne.

■ 30. BUNDESPARTEITAG

Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang

Die CDU hat sich für den 30. Bundesparteitag im November das Thema gestellt: „Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang“. Dies ist ein umfassendes Thema, das die junge Generation im besonderen trifft, das aber in gleichem Maße alle betrifft, erklärte Helmut Kohl zur Eröffnung eines Hearings „Zukunftschancen der jungen Generation“.

An diesem Hearing haben sich am vergangenen Freitag (11. September 1981) im Bonner Konrad-Adenauer-Haus über 220 Jugendliche, Eltern und Verbandsvertreter aus dem Bereich Bildung und Beruf eingefunden und freimütig aus ihrer Sicht über die Probleme der Jugend diskutiert. Am 21. September 1981 wird (s. UID 25/81) der Bundesvorstand den Leit-antrag für den 30. Bundesparteitag „Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang“ verabschieden, so daß er dann in der Partei eingehend diskutiert werden kann. (Der Wortlaut des Leit-antrages erscheint als Dokumentation / grüner Teil im UID 27/81).

Das Hearing in Bonn sollte ein Stück Mitarbeit und Vorarbeit für Hamburg bringen. Aber, so betonte Helmut Kohl, ich gehe, um es gleich vorweg zu sagen, selbstverständlich nicht davon aus, daß dieser Hamburger Parteitag Patentrezepte fertigen kann und daß die Diskussion der einzelnen Themenbereiche mit dem Parteitag abgeschlossen ist.

Sinn eines Parteitages ist ja auch ein Stück pädagogischer Auftrag, daß das, was auf dem Parteitag diskutiert, vorgetragen wird, in die Partei hinausgeht. Und Sinn ist vor allem auch, daß man nachdenkt. Ein Vorgang, der ja in der deutschen Politik immer mehr für altmodisch gehalten wird. Daß man darüber nachdenkt, was andere gesagt haben, und daß man vielleicht seine eigene Meinung, seine eigenen Vorstellungen modifiziert, ja vielleicht auch verändert, weil man durch andere Argumente überzeugt wurde.

Das ist genau das, was ich mir als Parteivorsitzender der CDU Deutschlands gerade von diesem Parteitag, der nicht belastet ist mit den übrigen Regularien und sonstigen parteitagsinternen Vorgängen, erhoffe. Mit einem Wort: Daß wir auf dem Parteitag unsere Fähigkeit zur Offenheit deutlich machen, unsere Bereitschaft zu vernünftigen Gesprächen, aber auch unsere Fähigkeit, unsere eigenen Vorstellungen vorzutragen und darzustellen.

Der Parteitag wird natürlich der gesamt-politischen Entwicklung Rechnung tragen müssen. Als ich dem Mannheimer Parteitag der CDU im März dieses Jahres den Vorschlag machte, einen zusätzlichen Parteitag einzuberufen, um speziell „Probleme der jungen Generation“ anzusprechen, war die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs so, wie sie sich jetzt nach der Sommerpause darstellt. Und Sie werden sicher verstehen, daß eine politische Partei, zu dem noch die stärkste politische Partei,

die in diesem Augenblick besonders viele Hoffnungen trägt und auf die sich viele Blicke richten, natürlich nicht so tun kann, als gäbe es diese politische Entwicklung nicht. Das hat natürlich zu Nuancierungen etwa bei den Arbeitsforen geführt.

Wir können nicht über Themen der jungen Generation, um ein Beispiel zu nennen, sprechen, ohne das Thema „Friede in Freiheit“ zu diskutieren. Das ist selbstverständlich nicht nur ein Thema junger Leute, aber es ist auch ihr Thema; denn es sind ja die jungen Mitbürger, die ihren Wehrdienst leisten sollen und leisten müssen.

Das heißt, wir müssen und wollen mehr Rücksicht nehmen auf die gesamtpolitische Entwicklung und aus der konkreten Situation einige Antworten versuchen; aber das Grundanliegen des Parteitages bleibt, und das gilt auch und nicht zuletzt für jenen Bereich, der sich mit Bildung und Ausbildung und Zukunftschancen und Arbeitsplätzen befaßt. Und hier gilt in besonders hohem Maße, daß wir nicht in Hamburg zusammenkommen, um etwa die Schuld zunächst mal bei den anderen zu suchen. Dafür gäbe es zwar viele Gründe. Aber wenn ich den Bereich der Bildungspolitik betrachte, kommt für mich hinzu, daß wir selbst an uns die Frage stellen, was wir in der Vergangenheit richtig und was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Ich sage das auch ganz persönlich an meine eigene Adresse.

Als einer, der lange Jahre hindurch Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes war, räume ich ein, daß ich eine Reihe von Entscheidungen, die auch mit meiner Zustimmung getroffen wurden, heute, bei meinem jetzigen Kenntnisstand, nicht mehr treffen würde. Ich bin bereit, das nicht nur, was ich für selbstverständlich halte, zuzugeben, sondern auch daran mitzuwirken, diese Erkenntnis umzusetzen.

Gerade die Frage der Schule und Ausbildung muß über den Hamburger Parteitag hinaus in der Partei intensiv diskutiert werden. Diese Diskussion ist nur sachgerecht möglich, wenn wir über den Parteitag hinaus, mit unseren heutigen Gästen und mit allen Betroffenen und Interessierten in unserer Gesellschaft, einen offenen Dialog führen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht gegenwärtig, darin sind sich eigentlich fast alle Beobachter einig, an einem kritischen Punkt ihrer Geschichte. Und in über 32 Jahren Bundesrepublik Deutschland hat sich, meiner Meinung nach, die Frage nach der geistigen Grundhaltung, der geistig-moralischen Herausforderung, nie so entschieden gestellt wie in der Gründungszeit und heute wieder. Dies ist ganz natürlich; denn die Verschiebung der Generationen, das Nachwachsen einer neuen Generation in der Bundesrepublik Deutschland, stellt manche wichtige Fragen anders, ja sogar neu.

Die meisten sind sich eigentlich jetzt darüber einig, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Daß man sich die Zukunft nicht als eine bloße Fortsetzung der Vergangenheit denken kann, wenn es eine glückliche Zukunft geben soll. Und es herrschte vielerorts Ratlosigkeit, die bei immer mehr Menschen in unserem Volke Angst erzeugt. Ich bin gegen blinden Optimismus. Aber ich bin noch mehr dagegen, daß in unserem Land, einem im Grunde genommen reichen Land, eine pessimistische, ängstliche Grundstimmung umgeht. Ich halte diese Angst für nicht berechtigt: unser Volk, unser Land hat nach wie vor alle Voraussetzungen, es verfügt über die materiellen und vor allem geistigen Ressourcen, um mit seinen Problemen fertig zu werden.

Mit dem Motto, das wir uns für den Hamburger Parteitag gestellt haben, „Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neu-

den Anfang“, wollen wir uns auch mit der in unserem Land umgehenden Angst auseinandersetzen. Eine Angst, die bei vielen nicht reflektiert ist, bei anderen jedoch aufgrund eigener Überlegungen entstanden ist. Diese Angst hat eine pessimistische Grundstimmung erzeugt, aus der heraus wieder kurz-, mittel- und langfristig etwas Gutes erreicht werden kann. Die Frage wird sein, wie werden wir mit dieser eigentlich geistig-moralischen Herausforderung fertig. Ich bin sicher, daß diese Herausforderung das eigentliche Problem unserer Zeit ist. Unsere ökonomischen Probleme, die ganz gewiß gewichtig sind und uns gerade in diesen Tagen beschäftigen, können nur bewältigt werden, wenn wir eine Antwort auf die geistig-moralische Herausforderung finden und auf dieser Grundlage einen neuen Anfang wagen.

Es gilt also, Bilanz zu ziehen, kritisch und auch selbstkritisch das Erreichte zu überprüfen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und Wege aus der Krise zu beschreiten, auch dann, wenn sie unbequem sein wer-

den. Ich gebe zu, die CDU hat sich damit einiges vorgenommen. Aber eine Partei, die von sich behauptet und auch überzeugt davon ist, es besser machen zu können, muß sich einiges zutrauen.

Wir, die CDU, haben uns dies für den Hamburger Parteitag vorgenommen. Mit der Jugend werden wir dort über jene Gefahren und Chancen diskutieren, die über die Zukunft unseres Landes entscheiden, vor allem natürlich über die Zukunft der jungen Generation, die ja die längere Wegstrecke vor sich hat.

Angst ist gewiß ein schlechter Ratgeber, Hoffnung aber kann man nicht herbeireden, „Mut zur Zukunft“ nicht regierungsamtlich verordnen. Die Zukunft können wir nur gewinnen, wenn es zu einem neuen Gespräch, zu einem neuen Konsens, zu neuem Vertrauen kommt. Dazu gehört auch, daß Politiker und Parteien wieder lernen zuzuhören. Wir brauchen Rat, Anregungen und auch Kritik. Einen Teil dieser Arbeit will die CDU mit diesem Hearing leisten.

Egon Klepsch soll Präsident des Europa-Parlaments werden

In dem für fünf Jahre gewählten Europäischen Parlament findet zur Halbzeit eine Ablösung auf dem Präsidentenstuhl statt. Das ist zwischen den Fraktionen vereinbart worden. Mit Simone Veil wurde im Juli 1979 zunächst eine Vertreterin der Liberalen Präsidentin. Ihre Wahl erfolgte auch mit den Stimmen der Christdemokraten und der britischen Konservativen. Diese drei Fraktionen haben unter sich eine Rotation für die ersten drei Präsidentschaftszeiten ausgemacht.

In diesem Rahmen sind nun ab Anfang 1982 die Christdemokraten an der Reihe, den Kandidaten zu stellen.

Jetzt haben die Christdemokraten den

CDU-Bundestagsabgeordneten Egon Klepsch, einen der erfahrensten Europa-Abgeordneten, zu ihrem Kandidaten gewählt. 56 Abgeordnete stimmten für ihn, 48 für den früheren belgischen Premierminister Leo Tindemans. Das wird auch als Votum gewertet, wie das „Handelsblatt“ schreibt, nun einen Routinier an die Spitze dieses Parlaments zu bekommen, das noch immer Mühe hat, Tritt zu fassen, nachdem seine jetzige Präsidentin offensichtlich mehr Wert auf Repräsentation nach außen gelegt hat als auf eine integrierende Rolle in dieser 434 Abgeordnete aus etwa 50 Parteien in den zehn Ländern umfassenden Versammlung.

Für Frieden und Freiheit

CDU ruft zur Unterstützung des „Dattelner Appells“ auf

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem Schreiben an alle CDU-Kreisvorsitzenden dazu aufgefordert, den „Friedensaufruf“ der in Datteln (Kreis Recklinghausen) gegründeten Aktion „Bürger für Frieden und Freiheit“ mit der Durchführung von Unterschriftenaktionen zu unterstützen.

Mit ihrem Friedensaufruf, dem „Dattelner Appell“, setzt die Bürgeraktion ein Gegengewicht zum sogenannten „Krefelder Appell“, der nach gesicherten Erkenntnissen Teil einer kommunistisch gesteuerten Kampagne ist, auch wenn es gutgläubige Unterzeichner gibt, die dies nicht wissen.

Den CDU-Kreisverbänden liegen Druckvorlagen für „Zur-Sache“-Flugblätter mit dem Text des „Dattelner Appells“ vor. Die ausgefüllten Unterschriftenlisten können an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Organisation
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

gesandt werden.

Die Flugblattvorlage hat folgenden Wortlaut:

Die CDU unterstützt den „Friedensaufruf“ der in Datteln (Kreis Recklinghausen) gegründeten Aktion „Bürger für Frieden und Freiheit“.

Der „Dattelner Appell“ hat folgenden Wortlaut:

Friedensaufruf

an das Präsidium des Deutschen Bundestages

Für Entspannung, Abrüstung und Frieden in Freiheit

Wir sind gegen jeden Krieg und wollen den Frieden! Unsere Bundeswehr sichert uns zusammen mit den NATO-Verbündeten den Frieden; sie schützt unseren demokratischen Staat und garantiert uns damit unsere Freiheit. Deshalb können wir seit mehr als 35 Jahren in Frieden und Freiheit leben.

Wir wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ein freier und unabhängiger Staat bleibt. Wir sind für das friedliche Zusammenleben aller Völker. Wir sind deshalb gegen jede militärische Aggression, wie z.B. die sowjetische Besetzung Afghanistans. Solche Aggressionen stören den notwendigen Entspannungsprozeß und gefährden den Frieden.

Wir sind für Abrüstung. Aber gleichgewichtig in Ost und West und nicht nur einseitig nur bei uns.

Die Sowjetunion stellt seit einigen Jahren Woche für Woche eine Atomrakete (Typ SS 20) nach der anderen auf. Diese sind gegen Westeuropa gerichtet und sind eine Bedrohung für unser Land.

Dieser sowjetischen Überlegenheit hat die NATO bislang keine gleichwertigen Waffen entgegengesetzt. Das will sie frühestens ab 1983 nachholen. Bis dahin haben die Sowjets die Chance, ihre uns bedrohenden neuen Atomraketen abzuziehen. Wenn das geschieht, braucht die NATO nicht nachzurufen. Wir treten deshalb für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen Ost und West ein.

Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift den Friedensaufruf.

Kommunalpolitischer Wettbewerb 1982

Zum dritten Mal schreibt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands unter der Schirmherrschaft von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß in Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Landesvereinigungen der CDU und CSU den Bundeswettbewerb „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik 1982“ aus.

Der Wettbewerb will dazu beitragen, die bürgerschaftliche Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Kreise in der Bundesrepublik zu stärken, indem herausragende Einzelleistungen von Rat, Fraktionen, Bürgerinitiativen, Einzelpersonlichkeiten, Verwaltungen, sonstigen Trägern und Stellen zur Förderung des Gemeinwohls und des Gemeinsinns ausgezeichnet und damit allen kommunalpolitisch Interessierten beispielhaft zugänglich gemacht werden.

Anmeldeschluß ist der 31. Dezember 1981.

Teilnahmeberechtigt sind Bürgerinitiativen, freie Träger, Vereine, sonstige Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, die aus eigenem Antrieb wichtige Leistungen zugunsten der Bürger erbringen, sowie Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik Deutschland.

Anträge zur Teilnahme melden die CDU- oder CSU-Fraktionen oder ihre Kommunalpolitischen Vereinigungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen an die Bundesgeschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 73, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 5 44-2 46/7. Eine bereits im Rahmen des Wettbewerbs einmal ausgezeichnete Leistung kann nicht ein zweites Mal angemeldet werden.

Postgebühren-Erhöhung mittelstandsfeindlich

Gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und CSU sowie der Vertreter von Handwerk und Landwirtschaft, bei Stimmenthaltung der Vertreter des Personals, hat der Postverwaltungsrat mit den Stimmen der Vertreter von SPD und FDP sowie der Vertreter der Großwirtschaft einer massiven Gebührenerhöhung für Briefe, Päckchen, Pakete und Postkarten zugestimmt.

Nach eigenem Eingeständnis des Bundespostministers war der Ausgangspunkt für die Gebührenerhöhung die Entscheidung der SPD/FDP-Bundesregierung, die Ablieferung der Deutschen Bundespost an den Bundesfinanzminister zum 1. Januar von $6\frac{2}{3}\%$ auf 10% der Betriebseinnahmen zu erhöhen.

Die Post verfährt also nach dem Grundsatz „Der Bund schröpft uns, wir schröpfen die Kunden“.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

19. 9. LV Schleswig-Holstein
Kongreß „Wahlfreiheit zwischen
Familie und Beruf?“, Rendsburg
19. 9. LV Baden-Württemberg
Landesausschuß
19. 9. JU Rheinland
Landestagung, Duisburg
19. 9. LV Schleswig-Holstein
VOM, Landesdelegiertentag,
Bad Segeberg
21. 9. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
21. 9. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
21. 9. LV Saar
Geschäftsführender Landesvor-
stand, Landesvorstand und Lan-
desausschuß, Saarbrücken
21. 9. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand
21. 9. LV Bremen
Landesvorstand, Bremen
22. 9. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
23. 9. LV Rheinland
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Köln
- 23./26. 9. **KPV — Bund**
XIV. Europäischer Gemeindetag,
Madrid
25. 9. LV Rheinland-Pfalz
Landesausschuß, Mainz
25. 9. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
25. 9. LV Berlin
Landesvorstand mit MdBs, Berlin
25. 9. LV Berlin
Landesausschuß, Berlin
26. 9. LV Rheinland-Pfalz
Frauenvereinigung, Landestag,
Mainz-Finthen
26. 9. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel
26. 9. LV Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Kiel
26. 9. LV Rheinland
VOM, Landestagung, Solingen
26. 9. LV Rheinland und LV Westfalen-
Lippe
EAK, Landestagung, Ennepetal
- 27./29. 9. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführertagung
29. 9. LV Saar
Geschäftsführerkonferenz
2. 10. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 2./4. 10. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Regional-
tagung, Erlangen
3. 10. LV Hessen
Frauenvereinigung, Landes-
delegiertentag, Bad Nauheim
3. 10. **CDU NRW**
Delegiertenkonferenz zur Vorberei-
tung des Bundesparteitages, Essen

UId

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28)
54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstra-
ße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 0
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindungen
Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheck-
konto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 37C 100 50. Abonnementspreis
jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf